Deutschlandradio

gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts, Köln, Berlin
Konzernlagebericht für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

Struktur des Deutschlandradio-Konzerns

Deutschlandradio Körperschaft des öffentlichen Rechts

Das Deutschlandradio wurde zum 1. Januar 1994 als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet. Das Deutschlandradio ist gemäß § 30 a des Deutschlandradio Staatsvertrages seit der Änderung durch den 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag verpflichtet, für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2005 beginnen, einen Konzernabschluss aufzustellen.

Deutschlandradio erstellt als gebührenfinanzierter öffentlich-rechtlicher Sender die nationalen Radioprogramme „Deutschlandfunk“, „Deutschlandradio Kultur“ und „DRadio Wissen“ mit den Schwerpunkten Information, Kultur und Wissen.

Die maßgeblichen Tochterunternehmen des Deutschlandradio, nachfolgend kurz Deutschlandradio, sind die Deutschlandradio Service GmbH, nachfolgend kurz DRS, und deren Tochter, die GID – Gesellschaft für infrastrukturelle Dienste mbH, nachfolgend kurz GID.

Deutschlandradio Service GmbH

Die DRS mit Sitz in Köln ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft des Deutschlandradios. Die DRS übernimmt für Deutschlandradio Aufgaben, die nicht zum Kerngeschäft einer Rundfunkanstalt gehören. Sie ist auf den Gebieten Gebäudemanagement, Hörerservice, Informationstechnik und Programm-Service für Deutschlandradio tätig.

Hierzu zählen vor allem die Betreuung der beiden Liegenschaften in Köln und Berlin (technisches und infrastrukturelles Gebäudemanagement sowie Bauleistungen), Dienstleistungen im Bereich Hörerservice und Informationstechnik. Die DRS ist darüber hinaus u.a. für Programmheft und Hörspielbroschüre von Deutschlandradio sowie die Betreuung öffentlicher Veranstaltungen verantwortlich.

GID – Gesellschaft für infrastrukturelle Dienste mbH

Die GID ist eine 100%-ige Tochtergesellschaft der DRS. Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von infrastrukturellen Dienstleistungen aller Art für Auftraggeber vornehmlich aus dem Bereich der Rundfunkanstalten, insbesondere Wachdienstleistungen gemäß § 34a GewO. Die GID ist für die DRS, und somit mittelbar für Deutschlandradio tätig.

Im Geschäftsjahr 2010 hat sich die Struktur des Deutschlandradio-Konzers nicht verändert.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Deutschlandradio-Konzerns wird dabei nach Maßgabe der Größenordnung wesentlich von Deutschlandradio geprägt.

Geschäftsverlauf

Am 18. Januar 2010 um 6.00 Uhr nahm das in digitaler Technik verbreitete 3. Programm von Deutschlandradio, DRadio Wissen, seinen Betrieb auf. Grundlage war ein erweiterter Programmauftrag, den die Länder dem Deutschlandradio mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag erteilten. Nach dem dem Staatsvertrag beigefügten Konzept gliedert sich das neue Programm in der Hauptsendezeit in einen viertelstündigen Takt von Welt- und Wissensnachrichten und ist in acht Segmenten jeweils bestimmten Themenspektren zugeordnet. Für das neue Programm werden Eigenproduktionen erstellt, es wird jedoch auch auf die breiten Wissensangebote der beiden Programme Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur sowie der Landesrundfunkanstalten der ARD zurückgegriffen. Dem begleitenden Internetauftritt kommt eine Brückenfunktion zu. DRadio Wissen soll im Internet einen Beitrag zur Rückeroberung jüngerer Zielgruppen für das Kulturgut Radio leisten.

Ebenfalls im Geschäftsjahr 2010 hat sich Deutschlandradio dafür entschieden, die Online-Aufgaben, die bisher von Mitarbeitern der DRS wahrgenommen wurden, ab dem 1. Juli 2010 im eigenen Hause wahrzunehmen. Hierzu wurde der Dienstleistungsvertrag mit der DRS gekündigt und eigenes Personal eingestellt. Durch die Kündigung des Dienstleistungsvertrages ergaben sich Einsparungen gegenüber dem Plan bei den Sonstigen Aufwendungen. Diese freiwerdenden Mittel wurden im Umfang des vorübergehenden zusätzlichen Personalaufwandes gesperrt. Die verbleibenden Einsparungen wurden verwendet, um freie Mitarbeiter zur Unterstützung der Online-Redakteure zu beschäftigen. Die Online-Redakteure bereiten derzeit einen Relaunch des Internetauftritts der beiden Hauptprogramme vor. Wie bei DRadio Wissen sollen in Zukunft Radio und Internet, Linearität und jederzeitige Abrufbarkeit von Beiträgen, in einer engen Beziehung zueinander stehen. Auch Möglichkeiten der Partizipation, der Interaktivität und des Communitybuildings sollen den Hörern eröffnet werden. Technisch begleitet wird die Verzahnung von www.dradio.de mit den drei Programmen vom Projekt Programmdatenfluss. So konnte den Hörern im Jahr 2010 eine einheitliche Tagesplaylist angeboten werden: für Musikradios eine Selbstverständlichkeit, für die wortzentrierten Deutschlandradioprogramme dagegen eine technische Herausforderung.

Die Bestandsprogramme Deutschlandradio Kultur und Deutschlandfunk traten 2010 wiederum mit gemeinsamen Sonderprojekten an die Hörerinnen und Hörer heran und auch an die interessierte Öffentlichkeit jenseits des Radios: Gemeinsam mit dem Netzwerk Neue Musik veranstaltete man Sounding D. Ein Sonderzug sammelte drei Wochen lang O-Töne aus ganz Deutschland und lieferte Material für Sendungen beider Hauptprogramme zurück. Als weitere Beispiele für erfolgreiche Sonderprojekte sind das Opernprojekt im Programm von Deutschlandradio Kultur zu nennen und die Reihe Mauersplitter im Deutschlandfunk. Im Rahmen des Projektes „Oper in deutschen Ländern“ werden seit Februar 2009 besondere Opern-Produktionen vorgestellt und auch die jeweiligen Häuser porträtiert. Dabei sollen interessante Werke wiederentdeckt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Als weiteres ambitioniertes Opernprojekt dokumentiert Deutschlandradio Kultur konzertante Aufführungen aller Opern von Richard Wagner in der Berliner Philharmonie: Diesen Reigen eröffnete der Fliegende Holländer am 13. November 2010. Im Mittelpunkt des vielfältigen Programmangebots zu den Ereignissen der Jahre 1989 und 1990 stand eine 200-teilige O-Ton-Dokumentation des Deutschlandfunks, die unter dem Titel „Mauersplitter“ am 13. August 2009 startete und am 18. März 2010 mit dem Tag der ersten freien Wahlen in der DDR endete. Das technisch wohl innovativste Projekt des Jahres 2010 startete Deutschlandradio Kultur mit der Radioortung. Drei Künstlergruppen entwickelten mobile Handyhörspiele, die im öffentlichen Raum in Berlin und Köln, im Internet und im Radio zu hören waren. Die Radioortung erzeugte ein weit über die Hörerschaft hinausgehendes bundesweites publizistisches Echo, das auf Deutschlandradio als relevanten Kulturträger zurückstrahlt. In das Jahr 2010 fiel auch der Termin „20 Jahre deutsche Einheit“ – ein auch für den Deutschlandfunk historischer Stichtag: Das Programm trug dem mit einer Sondersendung aus dem Konzerthaus Die Glocke in Bremen Rechnung. Im gleichen Kontext hatte Deutschlandradio eine langfristige Kooperation mit Radio France mit einem ersten Akzent am 9. November 2009 begonnen. Radio France führte seine sieben Programme zu einem zusammen und produzierte und sendete mit Unterstützung des Deutschlandradios den gesamten Tag in und aus Berlin. Beide Häuser erhielten

dafür im Jahr 2010 den deutsch-französischen Journalistenpreis. Am 18. Juni 2010 erinnerte der Deutschlandfunk über den Tag verteilt an die Geburtsstunde des Französischen Widerstands. Die Londoner Rede von General de Gaulle aus dem Jahr 1940 war Anlass zur Berichterstattung über Wege und Formen des Widerstands.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr festigte Deutschlandradio seine Position im Hörfunkmarkt weiter. Das Programm Deutschlandfunk konnte der Media Analyse (MA) 2011/I zufolge seine Hörerschaft auf einem hohen Niveau stabilisieren. Die regelmäßige Hörerschaft des Deutschlandfunks beträgt unverändert 6,3 Mio. Hörerinnen und Hörer. Damit erreicht der Deutschlandfunk bei den regelmäßigen Hörern einen Bevölkerungsanteil von 8,4 %. Für Deutschlandradio Kultur beträgt die Zahl der regelmäßigen Hörer im Jahr 2010 3,5 Millionen. Damit erreicht Deutschlandradio Kultur trotz unverändert schlechter technischer Verbreitungsbedingungen bei den regelmäßigen Hörern einen Bevölkerungsanteil von 4,6 %. Anzumerken ist, dass seit der MA 2011/I alle in Deutschland lebenden und deutsch sprechenden Ausländer sowie Kinder der Altersgruppe 10 – 13 Jahre in die Untersuchung mit einbezogen wurden. Die Ergebnisse sind deshalb mit den Ergebnissen der vorangegangenen MA-Studien aus dem Jahr 2010 methodisch nicht vergleichbar. Darüber hinaus entwickelten sich auch im Jahr 2010 die Zugriffe auf die Internetpräsenz des Deutschlandradios weiterhin sehr positiv. In den vergangenen 12 Monaten konnten die Abrufe bei den Live-Streams mit monatlich durchschnittlich 6,2 Mio. um rund 20 % gesteigert werden. Die Zahl der Audio-Abrufe via Podcast-Feeds verdoppelte sich mit 116 Millionen Dateien gegenüber 2009.

Der Bekanntheitsgrad der Programme konnte in der Vergangenheit aufgrund beschränkter Werbemöglichkeiten nicht im gewünschten Maß verbessert werden. Diesem Manko kann seit dem Geschäftsjahr 2005 partiell mit gezielten Frequenzinformationen in einigen Regionen entgegengewirkt werden. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) erkannte hierfür einen Bedarf bis Ende 2010 an. Es konnten 2010 also nach dem bewährten Muster der Vorjahre insgesamt wieder 15 Städte besucht werden, in denen mit einer umfangreichen Bewerbung und einer gezielten Multiplikatorenansprache auf die Programme des Deutschlandradios sowie auf die jeweiligen örtlichen Empfangsmöglichkeiten aufmerksam gemacht wurde. Als Aufhänger für die Städtebesuche diente jeweils eine Ausgabe der Sendung Deutschlandrundfahrt von Deutschlandradio Kultur. In 13 weiteren Städten wurden mit Blick auf die Zielgruppe von DRadio Wissen Marketingaktivitäten mit besonderer Ausrichtung auf den besuchten Hochschulstandort durchgeführt. Das mit den Aktivitäten des Jahres 2010 abgeschlossene Projekt Frequenzmarketing hat in hervorragender Weise dazu beigetragen, Akzeptanz und Bekanntheit der Programme von Deutschlandradio zu erhöhen.

Die Unterversorgung mit UKW-Frequenzen hindert Deutschlandradio nach wie vor daran, seine Hörerpotenziale auszuschöpfen. Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur können noch immer in vielen Gebieten nicht oder nur sehr schlecht empfangen werden. Hierunter leiden beide Angebote, vor allem das Programm Deutschlandradio Kultur. Bei Gründung des Deutschlandradios im Jahre 1994 waren lediglich 37 UKW-Frequenzen vorhanden. Da dem Nationalen Hörfunk seither jedoch überwiegend leistungsschwache Frequenzen zugewiesen wurden, konnte die Sendeleistung insgesamt und damit die technische Reichweite des Sendernetzes nur unzureichend erhöht werden. Eine außergewöhnliche Verbesserung der Versorgung mit dem Programm Deutschlandradio Kultur konnte 2010 durch die im August von BFBS, dem Radioprogramm der britischen Gaststreitkräfte, in NRW übernommene leistungsstarke Frequenz Langenberg erzielt werden. Damit erhöhte sich der Anteil der versorgten Bevölkerung von 53 % auf 64 %, wobei für den mobilen Empfang dennoch nur 50 % der Fläche versorgt werden. Durch diesen Frequenztausch konnten mehrere Kleinleistungssender abgegeben werden, so dass sich die Gesamtzahl der UKW Sender von 311 (Ende 2009) auf 306 (Ende 2010) reduzierte. DRadio Wissen ist lt. 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ausschließlich digital zu verbreiten und erhielt darum keine UKW-Frequenzen, was die Reichweite des Programms deutlich einschränkt.

Unverändert zu den Vorjahren stand die Digitalisierung des terrestrischen Hörfunks im Fokus der Programmverbreitungsstrategie des Deutschlandradios. Nachdem die KEF in ihrem 16. Bericht die von Deutschlandradio beantragten Mittel für Digitalradio trotz eines umfangreichen Entwicklungsprojektantrags nicht freigegeben hatte, haben ARD wie Deutschlandradio im Frühjahr 2010 erneut die Mittelfreigabe für ein Entwicklungsprojekt „Radio der Zukunft“ beantragt. Dieser erneute Antrag berücksichtigt ein hybrides Verbreitungskonzept, das neben der terrestrischen digitalen Hörfunkverbreitung auch den Internet-Verbreitungsweg mit einschließt. Dieser Ansatz führt beim Endausbau des Sendernetzes für Digitalradio zu Kosteneinsparungen für die Inhaus-Versorgung, weil die erforderlichen hohen Sendeleistungen für erschwerte Inhaus-Empfangsbedingungen eingespart werden können. Es ist denkbar, dass in sehr stark abgeschirmten Gebäuden auf eine drahtlose Internetversorgung zurückgegriffen werden kann. Im Zuge der technischen Weiterentwicklung eröffnen sich durch den hybriden Ansatz vielfältige Möglichkeiten für multimediale und interaktive Radiodienste. Für das geplante bundesweite Digitalradio hat Deutschlandradio durch einen Beschluss der Länder ein Drittel der Kapazität des bundesweiten Multiplexes zugewiesen bekommen und am 15. Dezember 2010 einen Vertrag mit dem Sendernetzbetreiber Media Broadcast mit einer zehnjährigen Laufzeit (2011 – 2020) abgeschlossen.

Bereits im Jahresabschluss 2009 des Deutschlandradios führte die fehlende Annahme der dauerhaften Unternehmensfortführung der regionalen Digitalgesellschaften zur Abschreibung der Beteiligungswerte an der Digital Radio Saar GmbH, der Hessen Digital Radio GmbH und der Digital Radio Nord GmbH sowie zur Beendigung der Beteiligung an der Digital Radio West GmbH. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Beteiligung an der Digital Radio Nord GmbH beendet. Deutschlandradio wird seine Anteile an den regionalen Digitalradiogesellschaften Digital Radio Saar GmbH und Hessen Digital Radio GmbH im Jahr 2011 veräußern.

Seit März 2010 werden im Auftrag des Intendanten alle Bereiche des Deutschlandradios funkhausübergreifend mit Blick auf ihre perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten durchleuchtet; dabei sollen auch mögliche Kooperations- oder Partnerschaftsmodelle im öffentlich-rechtlichen und im privaten Sektor in Betracht gezogen werden. Die Zielvorgaben für den Strategieprozess geben vor, die anerkannt hohe Qualität der bundesweit verbreiteten Vollprogramme Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur zu erhalten und, wo möglich, auszubauen. Daneben sollen das digital verbreitete Hörfunkprogramm DRadio Wissen sowie das programmbegleitende Online-Angebot auch mit Blick auf die jüngere Zielgruppe positioniert werden. Alle zu Grunde liegenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden an das neue Finanzierungsmodell für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk angepasst. Ein Mehrstufenplan zur kontinuierlichen Entwicklung des Hauses mit all seinen Bereichen wird erstellt (Evolution statt Revolution). Alle Bereiche des Hauses werden darüber hinaus standortübergreifend auf Synergiepotentiale untersucht, um eine stärkere Ökonomisierung zu gewährleisten.

Der Strategieprozess gliedert sich in die zwei Phasen:

- Stärken-/Schwächen-Analyse der Programme und Ermittlung von Perspektiven der technologischen Entwicklung.
- Entwicklung von Restrukturierungsmodellen und mehrstufige Umsetzung.

Vermögens- und Ertragslage

Der Deutschlandradio-Konzern schließt das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 3,4 Mio. € (i.Vj. 3,5 Mio. €) ab. Das körperschaftseigene Kapital erhöht sich um den Jahresüberschuss von 203,3 Mio. € auf 206,7 Mio. €. Es gliedert sich zum 31. Dezember 2010 in 155,2 Mio. € Kapital und 51,4 Mio. € Rücklagen.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. € auf 441,0 Mio. € erhöht. Dies entspricht einer Zunahme um 0,6 %.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 11,8 Mio. € und das Programmvermögen um 1,4 Mio. € gestiegen, während das Umlaufvermögen sich um 10,5 Mio. € verringert hat.

Im Sachanlagevermögen haben sich neben Abgängen in Höhe von 0,2 Mio. € die die Abschreibungen um 6,9 Mio. € übersteigenden Investitionen niedergeschlagen. Sie entfallen im Geschäftsjahr im Wesentlichen auf die fortschreitende Sanierung des Funkhauses in Köln (5,0 Mio. €), die Anschaffung von Studiotechnik (3,5 Mio. €), EDV-Anlagen (1,9 Mio. €), die Erneuerung der Kölner Sendestudios S1 bis S4 (1,0 Mio. €), sowie auf den Ausbau des Hauptstadtstudios in der Bundespressekonferenz in Berlin (0,8 Mio. €).

Das gesamte Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände betrug im Geschäftsjahr 16,1 Mio. €.

Darüber hinaus hat sich im Anlagevermögen der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung für Altersversorgung um 4,2 Mio. € (i.Vj. 1,8 Mio. €) erhöht.

Dem Rückgang der Wertpapiere des Anlagevermögens um 11,0 Mio. € aufgrund von Abgängen endfälliger Wertpapiere, steht eine Zunahme der sonstigen Ausleihungen durch Neuerwerbe in Höhe von 12,0 Mio. € gegenüber, so dass sich der Deckungsstock zur Absicherung künftiger Rentenzahlungen an Mitarbeiter, welcher beide Bilanzpositionen umfasst, im Geschäftsjahr um 1,0 Mio. € erhöht hat.

Der Anstieg des Programmvermögens um 1,4 Mio. € (i.Vj. 0,1 Mio. €) ist im Geschäftsjahr wesentlich beeinflusst durch die erstmalige Berücksichtigung von Material- und Produktionsgemeinkosten bei der Bewertung von am Bilanzstichtag noch nicht gesendeter Produktionen.

Die Verminderung des Umlaufvermögens beruht vor allem auf dem Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände, in denen im Vorjahr die Forderungen an die Landesrundfunkanstalten der ARD resultierend aus einer Korrektur der Rundfunkgebührenabrechnung der GEZ für die Jahre 2005 bis 2009 (4,1 Mio. €) enthalten waren.

Dem Rückgang der Guthaben bei Kreditinstituten von 77,9 Mio. € um 37,7 Mio. € auf 40,2 Mio € steht ein Anstieg der Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 33,0 Mio. € gegenüber. Durch die schlechteren Konditionen für Termin- und Tagesgeldanlagen im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren wurden im 1. Halbjahr 2010 Liquiditätsreserven auch in Wertpapiere mit Fälligkeiten bis spätestens Ende 2012 angelegt. Darüber hinaus hat sich zum Bilanzstichtag die Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1,8 Mio. € auf den Rückgang der Bankguthaben ausgewirkt.

Die Liquidität des Deutschlandradios war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Deutschlandradio ist in der Lage, seine kurzfristigen Verbindlichkeiten fristgerecht zu bezahlen. Das Verhältnis Umlaufvermögen zu Verbindlichkeiten inklusiv der sonstigen Rückstellungen (= Liquidität zweiten Grades) hat sich im Geschäftsjahr 2010 gegenüber dem Vorjahr von 4,8 auf 5,4 leicht verbessert.

Das körperschaftseigene Kapital, zusammen mit dem langfristigen Kapital (Investitionskostenzuschuss sowie den Rückstellungen für Pensionen) decken das Anlagevermögen, das Programmvermögen und 53,4 % des Umlaufvermögens. Die Eigenkapitalquote ist von 46,4 % im Vorjahr auf 46,9 % gestiegen.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Mio. € erhöht. Im Geschäftsjahr wurden die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erstmals unter Anwendung der neuen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) gebildet. Durch die Umstellung der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ergab sich ein zusätzlicher ein-

maliger Unterschiedsbetrag in Höhe von 60,1 Mio. €. Von der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde fast ausschließlich Gebrauch gemacht und von diesem Betrag ein Fünfzehntel (4,1 Mio. €) den Rückstellungen zugeführt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass sich Tarifsteigerungen, aufgrund des Tarifabschluss vom Juni 2009 mit Tarifsteigerungen zum 1. April 2009 sowie zum 1. April 2010, bereits im Vorjahr bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen niedergeschlagen hatten.

Der Rückgang der sonstigen Rückstellungen um 4,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen bedingt durch die Inanspruchnahme (0,8 Mio. €) und Auflösung (1,4 Mio. €) der im Vorjahr gebildeten Rückstellung zur Abdeckung eines Risikos aus der Gebührenabrechnung. Darüber hinaus hat die aktuelle Einschätzung zukünftiger Steuerrisiken im Zusammenhang mit der Vergütung von Auslandskorrespondenten zur Verminderung der sonstigen Rückstellungen maßgeblich beigetragen. Gegenläufig hat sich der Effekt aus der erstmaligen Anwendung der durch das BilMoG geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ausgewirkt. Die sonstigen Rückstellungen haben sich durch die erstmalige Anwendung um 0,4 Mio. € erhöht.

Die Gebührenerträge sind im Geschäftsjahr von 195,3 Mio. € um 2,9 Mio. € auf 192,4 Mio. € zurückgegangen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in den Gebührenerträgen des Vorjahres ein einmaliger Sondereffekt aus der Korrektur der Gebührenabrechung der GEZ für die Jahre 2005 bis 2008 in Höhe von 2,2 Mio. € enthalten war. Eliminiert man aus Vergleichsgründen diesen einmaligen Einfluss, so ergibt sich ein Rückgang der Gebührenerträge in Höhe von 0,6 Mio. €, was im Wesentlichen auf eine Verminderung des Bestandes an gebührenpflichtigen Hörfunkgeräten zurückzuführen ist. Seit dem 1. Januar 2009 beträgt die Grundgebühr 5,76 € pro Monat und Teilnehmer. Aus dem Gesamtaufkommen der Grundgebühr erhält Deutschlandradio 6,9781 %.

Bei den übrigen Erträgen haben sich in erster Linie die durch das BilMoG geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ausgewirkt, wodurch die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich ist.

Insgesamt ist ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr bei den übrigen Erträgen von 9,5 Mio. € auf insgesamt 28,4 Mio. € zu verzeichnen. Dabei haben sich folgende Veränderungen wesentlich ausgewirkt:

Durch die Umstellung auf die neuen Vorschriften wurden die Erhöhungen der Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen für die Altersversorgung in Höhe von 4,2 Mio. € erstmals in den Erträgen ausgewiesen, wohingegen der Ertrag im Vorjahr (1,8 Mio. €) mit dem Personalaufwand saldiert wurde.

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind im Geschäftsjahr erstmalig Aufzinsungsbeträge in Höhe von 3,9 Mio. € ausgewiesen, welche sich aus der Aufzinsung der Forderungen an den Bund wegen Altersversorgung und Beihilfen aufgrund des BilMoG ergeben.

Des Weiteren sind in den Erträgen außerordentliche Erträge in Höhe von 0,9 Mio. € enthalten. Diese resultieren aus der Verteilung des Erhöhungsbetrages aus der Forderung an den Bund wegen Altersversorgung und Beihilfen über 15 Jahre, basierend auf den durch das BilMoG geänderten Vorschriften für die Bewertung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen.

Gegenläufig haben sich die Mittelzuweisungen des Bundes (5,2 Mio. €) ausgewirkt, welche erstmalig nicht mehr als Ertrag, sondern als Verminderung der bestehenden Forderungen an den Bund wegen Altersversorgung und Beihilfen behandelt werden.

Der Bestand an fertigen Produktionen ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 1,4 Mio. € gestiegen; im Vorjahr betrug die Steigerung noch 0,1 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die erstmalige Berücksichtigung von Material- und Produktionsgemeinkosten zurückzuführen.

Ergänzend kam es insgesamt in Höhe von 2,7 Mio. € zu höheren Erträgen aus der Auflösung von sonstigen Rückstellungen. Darüber hinaus sind im Geschäftsjahr Schadensersatzleistungen enthalten.

Auch bei den Aufwendungen haben sich die durch das BilMoG geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften wesentlich ausgewirkt, wodurch die Vergleichbarkeit der Ertrags- und Aufwandsrechnung mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich ist.

Die Aufwendungen sind insgesamt im Vergleich zum Vorjahr von 210,6 Mio. € um 6,8 Mio. € auf 217,4 Mio. € gestiegen.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr von 77,9 Mio. € um 19,8 Mio. € auf 58,1 Mio €. Diese Entwicklung setzt sich aus mehreren, teilweise gegenläufigen Faktoren zusammen. Während die Gehälter, in erster Linie aufgrund des Personalaufbaus im Zusammenhang mit DRadio Wissen sowie wegen der Tariferhöhung zum 1. April 2010 um insgesamt 1,2 Mio. € gestiegen sind, verringerten sich die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung um 20,9 Mio. €, was im Wesentlichen die Aufwendungen für Altersversorgung betrifft.

Ursache für den hohen Rückgang der Altersversorgungsaufwendungen sind insbesondere die durch das BilMoG geänderten Vorschriften. Im Geschäftsjahr werden die Aufzinsungsbeträge (12,5 Mio. €) der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen erstmalig im Zinsaufwand statt im Personalaufwand ausgewiesen. Im Saldo verringerten sich die Aufwendungen für die Altersversorgung im Vergleich zum Vorjahr um 5,2 Mio. €. Eliminiert man den darin enthaltenen Effekt aus der Umstellung der Bewertung der Pensionsrückstellung zum 1. Januar 2010 (BilMoG-Eröffnungsbilanz), von welchem zumindest ein Fünfzehntel den Altersversorgungsrückstellungen zugeführt wurde, so verminderten sich die Altersversorgungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 8,1 Mio. €. Diese Minderung erklärt sich hauptsächlich durch die bereits im Vorjahr bei der Rückstellungsbewertung berücksichtigten Tarifsteigerungen zum 1. April 2009 und 2010 sowie einer Sonderzuführung zur Rückstellung aufgrund des Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 21. April 2009 zur außerplanmäßigen Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze zum 1. Januar 2003. Im Vorjahr war ein Anstieg von 9,2 Mio. € bei den Aufwendungen für Altersversorgung zu verzeichnen.

Die Aufwendungen für Urheber- und Leistungsvergütungen haben sich im Wesentlichen bedingt durch die Produktion von DRadio Wissen als auch durch die Verlagerung der Online-Tätigkeiten von der Tochtergesellschaft in die Programmredaktion des Deutschlandradios um 4,5 Mio. € erhöht.

Die Aufwendungen für technische Leistungen im Zusammenhang mit der Rundfunkversorgung sind im Berichtsjahr im Wesentlichen aufgrund der bereits im Vorjahr begonnenen Reduzierung der DAB-Übertragungskapazitäten nochmals um 1,6 Mio. € (im Vorjahr um 2,2 Mio. €) gesunken.

Aufgrund der hohen Investitionstätigkeit in den letzten Jahren sind die Aufwendungen für Abschreibungen um 0,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

Innerhalb der übrigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 44,2 Mio. € haben sich im Geschäftsjahr die Aufwendungen für die ROC um 1,8 Mio. € auf 13,6 Mio. € erhöht. Darüber hinaus waren im Vergleich zum Vorjahr 2,0 Mio € höhere Aufwendungen für Rückversicherungsprämien zu verzeichnen.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 0,8 Mio. € resultieren im Wesentlichen aus dem Erwerb von Wertpapieren deren Anschaffungskosten den Nominalwert übersteigt. Die Unterschiedsbeträge werden auf die Laufzeit der Wertpapiere als Abschreibung verteilt.

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 4,5 Mio. € enthalten sämtlich die Aufwendungen aus der Neubewertung langfristiger Personalrückstellungen zum 1. Januar 2010. Der Anteil dieser außerordentlichen Aufwendungen gemäß BilMoG, welche aufgrund der Inanspruchnahme der Übergangsregelung jährlich zu einem Fünfzehntel den Rückstellungen zugeführt wird, beläuft sich auf 4,2 Mio. €.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Wie bereits in den letzten Lageberichten beschrieben, investiert Deutschlandradio weiterhin in die Bausubstanz seiner Gebäude. Die Brandschutzsanierung in Köln wurde weiter fortgesetzt. Das Projekt wird voraussichtlich 2011 vollständig abgeschlossen. Nach der Vergabe nahezu aller Aufträge für die letzten Bauabschnitte bewegt sich die Kostenprognose zum Projektende noch immer etwa im Rahmen des genehmigten Budgets. Allerdings unterliegt dieser Verlauf den üblichen Risiken im Baugewerbe. So könnten Insolvenzen beauftragter Firmen, Schlechtleistungen, Verzögerungen etc. den Kostenverlauf noch negativ beeinflussen.

Die Modernisierung der Haustechnik im Funkhaus Köln wurde überwiegend abgeschlossen. Auch die bauliche und haustechnische Trennung vom früheren Gebäude der Deutschen Welle wurde mit der Erneuerung der eigenen Stromeinspeisung bereits im Jahr 2009 abgeschlossen. Außerhalb der laufenden Brandschutzsanierung entsteht Investitionsbedarf im Bau vorläufig nur noch im Kontext der Erneuerung von Studios und Geräteräumen. Im Bereich der Sanierung bedarf die Außenfassade in den kommenden Jahren der näheren Betrachtung. Die gealterte Blechbekleidung der Fassade, die Witterungsschäden an den äußeren Betonteilen und das Thema Wärmedämmung sind näher zu untersuchen.

Unklar ist weiterhin die Perspektive des Nachbargebäudes, des ehemaligen Funkhauses der Deutschen Welle, das inzwischen seit sieben Jahren leer steht. Durch die auf Autarkie ausgerichtete Politik des Deutschlandradios bestehen in Bezug auf die Nachbarimmobilie inzwischen keine besonderen rechtlichen oder sächlichen Risiken mehr. Allerdings geht von einem unbewohnten und unbewachten Gebäude dieser Größe in der unmittelbaren Nachbarschaft grundsätzlich eine Gefahr, z. B. durch Feuer, für die Umgebung aus.

Für das Funkhaus Berlin wurde im Jahr 2009 ein Konzept zur umfassenden Studiomodernisierung verabschiedet. Auslöser dafür war die Notwendigkeit, in einer überschaubaren Zeit bei laufendem Sende- und Produktionsbetrieb den Sanierungsrückstand im Bereich der Studios aufzulösen. Durch erhebliche Baumaßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 bei laufendem Betrieb entstehen die damit verbundenen üblichen Risiken.

Bei einer gutachterlichen Untersuchung des Dachstuhls im Gebäude Fritz-Elsas-Straße 9 – 10 wurden erhebliche Schadstoffkonzentrationen im Holz festgestellt. Der Dachstuhl ist daher derzeit nicht nutzbar. Sollte eine Nutzung des Dachstuhls erforderlich werden, müsste zuvor eine Schadstoffsanierung und gegebenenfalls sogar eine komplette Erneuerung des Dachstuhls durchgeführt werden.

Deutschlandradio untersucht derzeit die Sicherheit der Serverräume. Ziel ist es, einheitliche Sicherheitsstandards zu entwickeln und durch zusätzliche bauliche oder technische Systeme oder durch Redundanz der betreffenden Anlagen die Ausfallsicherheit des Sende- und Produktionsbetriebs und der Kommunikationseinrichtungen des Hauses zu erhöhen. Der Finanzbedarf für diese Maßnahmen wird im Rahmen des Studiokonzepts berücksichtigt.

Ein Risiko stellt die z.Z. nur schwer zu prognostizierende Entwicklung der Erträge für den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk dar. Die Planungen der GEZ basieren auf bisherigen Erfahrungswerten des geräteabhängigen Gebührenmodells. Sowohl bei den Landesrundfunkanstalten der ARD als

auch beim ZDF zeigt das abgelaufene Geschäftsjahr teilweise erneut einen realen Rückgang der Gebühreneinnahmen gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung stellte sich auch für das Deutschlandradio im abgelaufenen Geschäftsjahr ein. Bereinigt um den Sondereffekt aus der Korrektur der Gebührenabrechnung der GEZ (s.o.) im Jahr 2009 waren leicht geringere Gebühreneinnahmen zu verzeichnen, die auf einer Minderung des Bestandes an gebührenpflichtigen Hörfunkgeräten basieren. Die Gebühreneinnahmen in den Folgejahren können aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung und wegen des im Jahre 2013 anstehenden Modellwechsels auf ein geräteunabhängiges Beitragsmodell nicht so valide wie in den vergangenen Jahren geplant werden. Entsprechend sind zusätzliche Ausfallrisiken gegeben.

Den allgemeinen Markt-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken bei den Finanzanlagen wird durch eine breite Mischung und Streuung der Kapitalanlagen unter Beachtung von Sicherheit, Rentabilität und Liquidität Rechnung getragen. Zurzeit sind keine erkennbaren Risiken für die Vermögenslage des Deutschlandradios ersichtlich. Die 2009 eingereichte Klage, in der Schadenersatzansprüche gegenüber dem in der Vergangenheit mit der Vermögensverwaltung beauftragten Kreditinstitut geltend gemacht wurden, wurde im Berichtsjahr durch gerichtlichen Vergleichsbeschluss abgeschlossen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 hat Deutschlandradio aufgrund der erläuterten Einflussfaktoren einen Jahresüberschuss erzielt, der die Rücklagen in der laufenden Gebührenperiode erhöht und wie bereits im Vorjahr zur Zwischenfinanzierung für DRadio Wissen mit herangezogen wird. Für das angelaufene Geschäftsjahr 2011 erwartet die Körperschaft eine Auflösung von Rücklagen in Höhe von 23,7 Mio. €, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen.

Die mittelfristige Planung des Deutschlandradios ergibt nach dem aktuellen Stand, dass die Eigenmittel Ende 2012 fast vollständig aufgebraucht sein werden. Dieser Plan enthält noch Mittel für Anpassungen der Altersversorgungs- und Beihilferückstellungen aufgrund des seit 2010 anzuwendenden BilMoG. Deutschlandradio wird in den Jahren 2011 und 2012 wegen fehlender Eigenmittel jedoch nicht den Versorgungsstock in der laufenden Gebührenperiode in dem an sich notwendigen Umfang auffüllen können. Die Sonderzuführungen zum Deckungsstock aus den BilMoG-Effekten können nicht erfolgen. Dadurch wird bei Deutschlandradio erstmals eine Deckungsstocklücke entstehen, die in Zukunft wieder geschlossen werden muss. Es laufen Gespräche mit der KEF über Möglichkeiten der Schließung der Lücke.

Die Europäische Union hat zur Beendigung des Beihilfeverfahrens im Jahr 2007 eine Reihe von Anforderungen u.a. im Hinblick auf marktkonformes Verhalten der Rundfunkanstalten gestellt. Dies fand seinen Niederschlag im 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. In § 16 a – e des 12. RÄndStV sind Regelungen für die kommerziellen Tätigkeiten der Rundfunkanstalten sowie deren Beteiligungsunternehmen neu festgelegt worden. Hiernach sind kommerzielle Tätigkeiten Betätigungen, bei denen marktrelevante Leistungen auch für Dritte im Wettbewerb angeboten werden. Diese Tätigkeiten wie z. B. Werbung, Sponsoring oder die Vermietung von Senderstandorten an Dritte dürfen nur unter Marktbedingungen erbracht werden. Nach den neuen Regeln sind kommerzielle Tätigkeiten von rechtlich selbständigen Tochtergesellschaften zu erbringen. Gleichzeitig sind die Beziehungen der Rundfunkanstalten zu ihren kommerziell tätigen Tochtergesellschaften marktkonform zu gestalten. Deutschlandradio überprüfte im Jahr 2009 Sachverhalte, die möglicherweise die Marktkonformität betreffen könnten. Dies führte nicht zu relevanten Feststellungen. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2010 mit den Rechnungshöfen erörtert, dass das Deutschlandradio und die 100% Tochtergesellschaft Deutschlandradio Service GmbH ausschließlich mit unmittelbarem Bezug zum gesetzlich definierten Programmauftrag tätig sind.

Ausblick

Der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sieht eine grundlegende Veränderung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vor. Zum 1. Januar 2013 soll die bisherige geräteabhängige Rundfunkgebühr durch einen Rundfunkbeitrag abgelöst werden. Die Zahlungspflicht knüpft künftig an Wohnung bzw. Betriebsstätte an und ist unabhängig von der Art und der Anzahl der vorhandenen Empfangsgeräte. Der Staatsvertrag wurde im Dezember 2010 von den Ministerpräsidenten unterzeichnet und durchläuft gerade das Ratifizierungsverfahren in den Ländern.

Die Körperschaft muss bis zum 30. April 2011 ihren Finanzbedarf für die Jahre 2013 – 2016 bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) anmelden. Der 18. KEF-Bericht wird voraussichtlich im Herbst des Jahres vorliegen. Die Empfehlung der KEF zur Festsetzung der Höhe des Rundfunkbeitrags ist Grundlage für die Entscheidung der Rundfunkkommission und der Parlamente der Länder.
Die Auswirkungen der Reform der Rundfunkfinanzierung sind noch nicht vollständig planbar. Die Rundfunkanstalten gehen zwar von einer weitgehenden Stabilität der Erträge aus; die tatsächliche Höhe der Erträge aus dem neuen Rundfunkbeitrag wird sich jedoch erst mit dem Abschluss des Geschäftsjahres 2013 beziffern lassen. Bei der Neufestsetzung des Finanzbedarfs ist zu beachten, dass Deutschlandradio bereits in der laufenden Gebührenperiode 2009 – 2012 das nach der letzten Gebührenfestlegung zusätzlich durch die Länder beauftragte Programm DRadio Wissen ohne eine Gebührenanpassung aus Rücklagen zwischenfinanzieren musste. Hierfür wurde die Verschiebung bzw. Verzögerung von Investitions- und Personalmaßnahmen in die Zukunft erforderlich. Die Notwendigkeit eines entsprechenden künftigen Ausgleichs für diesen zusätzlichen, während der laufenden Gebührenperiode begründeten Finanzbedarf wurde von der KEF bereits in ihrem 17. Bericht anerkannt.

Die vier Gesellschafter der Rundfunk Orchester und Chöre GmbH (ROC Berlin), Deutschlandradio 40 %, die Bundesrepublik Deutschland 35 %, das Land Berlin 20 % und der Rundfunk Berlin-Brandenburg 5 %, haben auch im Jahr 2010 nach Möglichkeiten gesucht, die Zukunft der Ensembles und ihre Entwicklung mittel- und langfristig zu sichern. Zwar erkennen neben dem Deutschlandradio auch die übrigen Gesellschafter die Problematik der steigenden Kosten der ROC GmbH und die dadurch bedingte Notwendigkeit struktureller Maßnahmen, es konnte jedoch kein Einvernehmen zwischen allen Gesellschaftern bezüglich möglicher Veränderungen erzielt werden. Geeinigt haben sich die Gesellschafter zunächst lediglich darauf, nach Auslaufen des Vertrages des ROC-Intendanten zum August des Jahres 2011 die Position eines Intendanten nicht mehr neu zu besetzen, sondern in einem stringenten GmbH-Modell die Leitung der ROC einem Geschäftsführer zu übertragen. Deutschlandradio sieht sich gezwungen, weiterhin darauf hinzuweisen, dass die von vorn herein befristete Sonderzuwendung, die nicht durch Zuweisungen aus der Rundfunkgebühr gedeckt ist, Ende 2012 ausläuft. Danach kann der von der KEF anerkannte Finanzierungsanteil des Deutschlandradios nur um den Betrag erhöht werden kann, den die Kommission für die Periode 2013 – 2016 im Rahmen der allgemeinen Kostensteigerung akzeptiert.

Mit der vertraglichen Verpflichtung einer ausreichenden Anzahl privater Rundfunkanbieter zur Ausstrahlung von Digitalradio und der Feststellung der KEF auf ihrer Sitzung am 23. Februar 2011, dass die Voraussetzungen für eine hinreichende Erfolgsaussicht des Digitalradioprojektes nach derzeitiger Sachlage erfüllt sind, wurde die Freigabe der erforderlichen Mittel für den Neustart des Digitalradios auf Basis des Standards DAB + erwirkt. Das Digitalradiosendernetz soll 2011 zunächst mit 27 leistungsstarken Sendern aufgebaut und dann kontinuierlich bis spätestens 2015 für eine flächendeckende bundesweite Digitalradioversorgung weiter ausgebaut werden. Bis zur geplanten Inbetriebnahme des Startnetzes zum 1. August 2011 hat Deutschlandradio für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis 31. Juli 2011 mit dem Netzbetreiber eine Ergänzungsvereinbarung abgeschlossen, die die kontinuierliche digitale Ausstrahlung auf der Basis des bestehenden DAB-Netzes sicherstellt.

Der weitere Ausbau des bundesweiten Digitalradionetzes orientiert sich an der Mindestausbauverpflichtung, die dem Netzbetreiber von der Bundesnetzagentur (BNetzA) vorgegebenen wurde und die bis Ende 2015 eine Versorgung von 70 % der Bevölkerung (portable indoor) sowie 90 % der Autobahnen (mobil) vorsieht. Darüber hinaus ist beabsichtigt, in Abstimmung mit den privaten Programmveranstaltern im bundesweiten Multiplex und in Absprache mit den Landesrundfunkanstalten einen zusätzlichen und beschleunigten Ausbau umzusetzen. Im Endausbau des Digitalradionetzes bis Ende 2020 soll mindestens eine Versorgung von 85 % der Bevölkerung (portable indoor) sowie 100 % der Autobahnen (mobil) erreicht werden. Deutschlandradio plant, seine multimedialen Hörfunkdienste für Digitalradioempfänger und für hybride Endgeräte mit zusätzlichem Internetzugang weiter zu entwickeln und auszubauen. Die bisherigen Datendienste und die im Internet bereits realisierten Dienstkonzepte für Digitalradio sollen rechtzeitig der Industrie kommuniziert werden, sodass auch entsprechende multimediale Empfangsgeräte im Markt verfügbar werden.

Köln, 21. April 2011

Deutschlandradio gemeinnützige Körperschaft
des öffentlichen Rechts

Dr. Willi Steul, Intendant